

Sächsische Volkszeitung

Gesamtkosten: Sonntagsfrei Haus Ausgabe 30 5.50 M. Rückgabe 1 mit abweichender Beilage; 6.— M. Dienstagsausgabe 11.— M. bis 11.30 M. vierstündig 15.25 M. begrenzt Polizeigebot. Eingetragen 30. 4.

Ausgaben: Sammeln von Gebührenzetteln bis 10 Uhr, von Sammelnzetteln bis 11 Uhr nach. — Verkauf der Zeitungszettel aller Ausgaben 1.60 M. im Abonnement 4.— M. — Abt. sonstige druckende Posten durch Sammelnzettel ausgegeben einzigen können nur die Vermögenssteuer auf die Abgaben und die Zetteln nach überwiesen.

Rechts oder links?

Im Anschluss an eine sehr eifrig betriebene Auseinandersetzung der Deutschnationalen, die in den letzten Wochen und Tagen besonders aufkam und unter Zwischen- vor allem deshalb vorliegt, weil der „Katholikenanschauung“ der Deutschnationalen Volkspartei“ eine besonders intensive Werbearbeit leistet, um einmal die Frage unterscheiden zu lassen, ob tatsächlich der Reichskanzler Dr. Wirth, wie man ihm in diesen Druckschriften vorwirft, „ausstellendes Proletariatsrecht, wenn es zu Kampf zwischen Proletariat und Bürgertum kommt.“

Es ist ohne weiteres begreiflich, daß die Reichsparteien einen Kämpfen haben wollen, der ihnen Gedankengut verleiht, genau so, wie die Linksparteien einen ihnen gefüllten geistigen Inhalt möchten. Beides trifft auf Dr. Wirth nicht zu. Das oben wörtlich wiederholte Motto soll nach der Ansicht der Deutschnationalen den Anspruch des Bürgertums gegen den dem Zentrum angehörigen Reichskanzler widerstreiten. Es ist eine der im politischen Kampf so oft sich einzeichnenden und schwer auszuftönenen Gesichtslinien, die in einem Zusammenhang der Öffentlichkeit vorgezeigt wird, aus dem man sich auch eine gewisse Wirkung auf große Kreise des deutschen Zentrums verspricht. Zur Steuer der Bürgertum muß rechtzeitig der Lüge entgegentreten werden. Besonders wertvoll ist es, sich hierbei an die eigene Auffassung des Reichskanzlers selbst halten. Man kann sie, die er in Karlsruhe ausgedrückt hat.

In der vergangenen Woche, als in Baden der Wahlkampf vor den Landtagswahlen tobte, erschien auch dort dieses berühmte Flugblatt des Deutschnationalen, das dem Kanzler seinen Anspruch vorwirft: „Wenn es zum Kampf zwischen Proletariat und Bürgertum kommt, so steht ich auf Seiten des Proletariats.“

Einer anderen Stelle lagte dasselbe Flugblatt: „Der Kämpf zwischen rechts und links steht heran!“ — Des Reichskanzlers Ansicht geht nun aus folgenden Worten hervor: „Doch hat mir ein freundlicher Herr ein Flugblatt gegeben. Es ist gerichtet an die Katholiken vom Katholikenbund der Deutschnationalen Volkspartei. Haben Sie von dem Herzen, als Sie noch die Macht in Baden hatten, ein Angebot an die Katholiken erhalten? Da waren wir gut, den Bogen zu schließen und die Zäune zu tragen. Als Vater diktieren wir uns von diesen Katholiken bestimmt lassen. Der Verfasser kommt mir keine größere Freude machen, als mich bei den katholischen Katholiken auszuschwärmen, indem er sagt: Dr. Wirth habe gesagt, wenn es zum Kampf zwischen Proletariat und Bürgertum kommt, so steht er auf Seiten des Proletariats.“ Ich sehe zu meinem Vortrag und will erklären, wie es aufzufassen sei. Das Flugblatt sagt: Der Kämpf zwischen rechts und links steht heran. Ist die Lage so, daß wir uns müssen morgen entscheiden zwischen rechts und links, zwischen der Gruppe, die die Politik der Macht jetzt in den Stunden der Weltgeschichte ja ihrem Prinzip erkennt, daß der Wahlkampf in Baden geführt würde unter dem Schlagwort: die Besitzende, die Arbeitgeber, Reiche und Produktionsmittel und ihr Proletariat, wozu alle Arbeitnehmer, Kleinrentner, alle Männer des Geistes und der Wissenschaft gehören und der am Schauspiel einer vorgeschriebenen Form durchführen müssen? Nein, so heißt das Problem gar nicht. Das ist eine Vergrößerung der Volkskriege! Handelt es sich bei dieser Verschreibung zwischen rechts und links um eine Entscheidung gegen die Demokratie, was soll dann auf der anderen Seite stehen? Haben nicht gerade diese Kreise in unserem demokratischen Staate, die gerade durch gegen die äußerste Rechte und die äußerste Linke, wenn durch ungeheure Arbeit wieder die Freiheit befürworten, auf der politischen Tribüne auftreten zu können?

So gibt zweite Rente im Katholikenbund der Deutschnationalen Volkspartei: Sie berichten sich auf Papst Benedikt XV. Ich habe als gewusst, daß die Deutschnationalen eine Wahlkampf- und Wahlunterstützung haben; aber erkennen Sie sich an den Wahlen, wo die ganze Welt mir von Macht und Vernichtung sprach und sich manche Kriegsziele stellten, die die Erneuerung der alten Welt bedeuteten; da ist auf dem Gedanken Papst Benedikts Stimme erschallt: „Haltet eins! Will dieses zum Frieden Europa wie vom Darmstädter Frieden dem Abgrund zugetrieben werden?“ Merkwürdig, daß man jetzt auf die Stimme des Papstes hören will, nachdem man jahrelang nicht darauf gehört hat. Diese Parole zur Schiedsgerichtschaft zwischen rechts und links anzugeben unter Beweis am Papst Benedikt, ist vielleicht Geschichtsschreiber, die es je gegeben hat! In Weimar war der Bund der Mitte zwischen Zentrum und Demokratie geschlossen, und auch der politische Bund zwischen Arbeit und Bürgertum. Ich sehe das Ziel der Politik nicht darin, diese Bände gewaltsam auseinander zu reißen. Das muß Ziel unserer Arbeit sein, daß die demokratische und die Bürgerliche gemeinsam am Rettungswerk des deutschen Volkes arbeiten. Nicht Trennung, nicht Verständigung, sondern Zusammenführung. Aufstand! Ich bitte zu meinem Vortrag: Wenn die Deutschnationalen es darüber bringen könnten zu sagen: die Monarchie, die Republik, die Bevölkerung, die Arbeitnehmer, dann weiß ich, wo mein Herzschlag mich hinzieht. An diesem Tage steht ich, ob führen oder nicht, in den Reihen des arbeitenden Standes in Deutschland. (Verdacht: Beifall.)

Dann darf der aus partizipativem Erwachten verbreiteten absolut falschen und unattraktiven Darstellung der Deutschnationalen ein Ende gemacht sein. Es steht somit fest, daß das Kanzlerwort besagt: Ich stehe seit auf dem Boden der Verständigung, der Verständigung; ich verstehe, wie es meine Pflicht ist, die demokratische Verfassung. Diese Politik wird getragen von einer respektablen Mehrheit des deutschen Volksvertretung. Sollten jedoch die Deutschnationalen einmal obliegen und einen Schritt durch unser Volk nach ihren Wünschen durchzusetzen wollen, dann steht ich als Feind der Arbeit in den Reihen der Schaffenden.

Obwohl sich ein Eingehen auf die Kanzler-Befriedung durch den Katholikenbund der Deutschnationalen auf Grund der eben angeführten Erwähnung schon erübrigte, sei doch noch ein Gedanke aus der Kanzlerrede nochdrücklich unterstrichen, der besonders die Unverlässigkeit und Unsicherheit dieser Gruppe beweist. Nur haben die Deutschnationalen bis heute noch keine Wallfahrt nach Rom unternommen und noch dulden sie — das

gilt leider nicht nur für die Deutschnationalen — in ihren Reihen wütende Katholikenfreunde, aber am den gleichen Tag wollen sie sich berufen, denn sie vor etwas mehr als vier Jahren aus Spott und Lohn zu ziehen werden ließen. Während des Krieges galt doch nur der Krieg, der die Worte „Macht“ und „Vernichtung“ im Mund führte. Die Deutschnationalen, sie nannten sich damals noch konservative, streiten erstaunlich weitgehende Ideologien auf, die sie eigentlich damals schon in der ganzen politischen Welt lächerlich machen müssten — auch das gilt nicht nur für die Deutschnationalen — und liegen einen Reichslandtag nach dem anderen fallen, der nicht ihres Sinnes war. Man sah einmal die eben erschienenen Memorett Betmann-Hollwegs und beachte die daraus erzielte hohe Bedeutung des päpstlichen Dokumentes! Damals erholte sich ein Mann, es war Papst Benedikt XV., vor den Mächtigen der Welt den Wahlkampf der Großenkonzern und der Beruhigungsfrente vorhielt. Im Namen seiner Konsolidierung, sein geistiger Macht sprach er von der Verjährung und dem Frieden. Man lasse einmal die deutchnationalen Blätter jener Zeit nach! Man studiere einmal, wie sie sich gegen dieses Wort vom Frieden aufschauen und deren gehässigen Spott ausgestoßen haben den Mann, der als Vater der Erde als seiner Sohn anerkannt ersehnt! Was ist davon zu halten, daß man jetzt auf einmal den Papst als deutschnationalen Beweisstück anwendet, nachdem man in einer viel wichtigeren Sache ihn heimlich verstoßen hat?

So steht der Kampf aus, den man nur aus partizipativem Anmaß eines Dr. Wirth führt. Man sieht ihm vor, so kann es sein, er rechts nicht stehen kann, weil ein Staatsmann eben gegenüber nicht rechts stehen kann, der es gut mit seinem Volke meint und es nicht noch einmal in die wohltuende Katastrophenpolitik hinein rinnen lassen will, der wie alles umfassende Elend von heute kämpft.

Sollten nicht gerade alle deutschen Katholiken sich endlich einmal ehrlich zu dem großen katholischen Friedens- und Verständigungsdanken durchsetzen und hinter die von idem und rechtspolitisches Gesichtspunkten getragene Politik des Kanzlers stellen? Zu holden Zeiten, wie wie sie durchleben, müssen alle persönlichen Vorurteile zurückgestellt werden hinter die Rettung des Vaterlandes.

Die Finanzlage des Reiches

Berlin, 5. November.

5. Auftrag, das war der Anfang der Sitzung am Dienstag im Reichstag. Denn es war bekannt, daß der Reichsfinanzminister selbst die vom Reich gestaltete und bereits im Reichswirtschaftsministerium und Reichsrat durchgesetzten neuen und großen Steuererleichterungen ins Reichssteuer einzubringen werde. So konzentrierte sich das Interesse jetzt das zweite Teile der Sitzung allein auf diesen zweiten Teil, während bei der Beamtssitzung der Anfang das Haus nur äußerst spärlich besetzt war. Aber diesmal ging es trotz des neuwollen Anstrengens nicht ganz ohne Hebung ab. Graf Wettmar ist vor der die wenigen anwesenden Abgeordneten zu Zustimmung und Widerspruch veranlaßt. Dies geschah bei der Anfrage des Deutschnationalen wegen Sitzung des Regierungsteams in Potsdam und Potsdam der Anteil, sowie in Jena in der Leitung. Die Regierung erklärte dazu, diese Fälle seien Ausnahmen der Väter. Eine Antwort der Väter auf die berechtigte Anfrage sei jedoch noch nicht eingegangen. Dies ereignete den Zorn der Röder und den Spez. der Linke. Noch eine Abstimmung weiterer Fälle, so u. a. das Vorber. eines Vortrages Dr. Waldbauer in Dresden, brachte Graf Wettmar zur Sprache, auf die er von der Regierung die gleiche Antwort erhielt. Dann endlich, nachdem zwei Stunden dagegen geschlagen waren, nahm

Reichsfinanzminister Dr. Hermann

das Wort.

Bei Auseinandersetzung der vorliegenden Steuererleichterungen ist davon auszugehen, daß jede vorhandene Steueranreise bis aufs äußerste ausgeschöpft werden muß, das jedoch eine Verschärfung der Steuerlasten, eine Verstärkung der Steuerbelastung zum Zusammenschluß unserer Wirtschaftsleistung führen und damit die Quelle, aus der die Einnahme fließen soll, verstopft müßte. Ich bin mir bewußt, daß die Steuern, über die die beschriebenen fallen, die ungeheureste Belastung darstellen, die je einem Volke zugesetzt worden ist. Gigantisch wie der Kampf, in dem das deutsche Volk mehr als vier Jahre fast den ganzen Weltkrieg überstanden hat, sind auch die Folgen für uns, da wir schließlich der Übermacht unterlegen sind.

Was nun die Zonen vorgelegten Verzerrungswerte anlangt so sind sie infolge nicht vollständig, als der Entwurf eines Rechtes wegen Änderung des Kostensteuersystems noch ansieht. Ein solcher Entwurf ist bereits dem Reichstag vorgelegt und von mir angenommen worden. Seine Einbringung an den Reichstag mußte aber zurückgestellt werden, da im zwischen den Reichstagschancen bestimmte Verhandlung über die Verabsiedlung der Wohlenserleichterung gemacht hat. Es erschien zweckmäßig, mit Rücksicht auf diese Verhandlung einen Entwurf noch einmal zu überprüfen. Dies wird mit der gebotenen Beschränkung geschehen und ich hoffe, bald in der Lage zu sein. Ihnen der Entwurf entgegen zu richten. Ich möchte über das eine hervorheben, daß die Wohlenserleichterung das Verhältnis und deren Ausgleich zwischen der Belastung des Verbrauchs und der Belastung des Sozialen zu schaffen.

Den Hauptteil der Wohlenserleichterung bildet die Vermögenssteuer. Sie ist notwendig geworden, um den Bedürfnissen, die im Reichskontrollen erfüllt werden, aber durch die inzwischen eingetretene Geldentwertung ist nicht nur erreichbar, sondern in einer den veränderten Verhältnissen angepaßten Weise zur Durchführung zu bringen. Zu diesem Zweck soll eine laufende Vermögenssteuer erhoben und von Zeit zu Zeit nach dem jeweiligen Wert des Vermögens richtig verfaßt, und damit sowohl den Veränderungen in den Verhältnissen des Vermögens als auch in ihrem wechselseitigen Verhältnis Rechnung trägt. In Stelle des in Wohlenserleichterung enthaltenen Teiles des Reichskontrollen soll auf die Dauer von 15 Jahren ein Zuschlag zur Vermögenssteuer treten, der so bemessen sein muss, daß er einen vollwertigen Erfolg für das Reichskontrollen bildet. Wenn dieser Vermögenssteuer wird

eine laufende Vermögenszuwachssteuer und eine einmalige Besteuerung des Vermögenszuwachses aus der Nachtragssatzung gesetzigt. Die Durchführung dieser Steuer wird die Steuerbüro übernommen und schon jetzt mit der Durchführung der bestehenden Gesetze in einer Weise belastet, die in keiner Weise aufwendiger ist. Deshalb muß bei der Ausführung der Einschätzungen auf deren möglichst einfache Gestaltung sowie darauf Verachtung genommen werden, daß für die Ausführung des Rechtes vorausbestimmt und, wie ich betonen möchte, zum Teil durch den Gang der Gesetzgebung selbst vereinfachte Mittel einige Zeit zur Verfügung steht. Deshalb könnte auch die erfürliche Veranlagung der Vermögenssteuer sich für das Jahr 1922 in Aussicht genommen werden, da zunächst die Veranlagung der Gewerbesteuer und der Umfassung für die Jahre 1920 und 1921, sowie die endgültige Veranlagung des Reichskontrollen durchgeführt sein müssen. Da aber mit der Herstellung des Beitrags bis 1923 nicht gerechnet werden kann, so im Vermögenssteuergesetz vorzusehen, daß im Jahre 1922 über die im Laufe von 22 Dezember 1920 vorliegenden behandelten Entnahmen des Reichskontrollen kann ein weiterer Teil des Reichskontrollen vorgenommen werden. Alles mindestens wichtig als die Eröffnung eines Steuerbüros für die richtige und rasche Veranlagung und Erfassung der bestehenden Steuern. Einen besonderen Erfolg für die Steuerveranlagung verspreche ich mit dem neu eingerichteten Buch- und Besteuerungsbüro einzubringen. Eine Denkschrift hierüber wird Ihnen gleichzeitig mit dem dritten Beitrag zum Reichskontrollen für das Jahr 1921 beigegeben. In diesem Beitrag sind für den genannten Jahr 15 und 25 Millionen Mark angefordert, die sich für das Jahr 1922 auf rund 30 Millionen erhöhen dürften. Da beträgt die Ausgabe als werbend für volle Summe des Beitrags, denn die Buch- und Besteuerungsbüro wird ein Wiederholer des Aufwandes, den sie erfordert, durch ein erhöhtes Steueraufkommen wieder einbringen und im übrigen auch die gefundene Steueranreise gänzlich bestätigen.

Auf die Bedürfnisse der Länder und Gemeinden ist in den Gesetzesvorschlägen weitgehend Rücksicht genommen worden.

Die Rolle der kleinen Kontakte ist im Vermögenssteuergesetz Rechnung getragen. Sie sollen unter gewissen Voraussetzungen nicht nur von der Vermögenssteuer selbst, sondern auch aus den Steuern, die sie erbringen, sowie aus dem dritten Beitrag des Reichskontrollen wieder erfasst werden.

Über den Mehrertrag der vorschlagenen Steuern kann in Zeiten des kommenden Wohlens kaum eine Aussage gemacht werden, die auf unbedingte Richtigkeit Anspruch hätte.

Ammerhin kostet die vorliegende Schätzung diesen Mehreitertrag mit 10 bis 12 Milliarden Mark verhältnismäßig wenig. Wider waren an Ausgaben aus dem ordentlichen Etat bewilligt 48,5 Milliarden. Dazu werden nunmehr neu angefordert 63,8 Milliarden, so daß die Ausgaben des ordentlichen Etats für das Jahr 1921 sich auf rund 111,25 Milliarden belaufen würden. Ein Bild in den Nachtriag gibt sofort die Erklärung für diese Ausweitung der Ausgaben. Es werden u. a. angefordert: 20,1 Milliarden für die Ausführung des Arbeitsvertrages, 2,9 Milliarden für die Erfassung der Gewerbezulassungen, 1,6 Milliarden lediglich für die eigentliche Reichsverwaltung und die Ausgaben an die Länder, 6,6 Milliarden an Wehrüberführungen an die Länder und Gemeinden. Die höheren Förderungen treten gegenüber diesen gewöhnlichen Milliarden mehr zu. Welche Einnahmen stehen nun diesen Ausgaben gegenüber? Nach den bisherigen Annahmen lägen für das Wohlensjahr 1921 nur etwa 112,25 Milliarden, nach den Abschlägen des dritten Nachtriages werden weitere 17 Milliarden erzielt, so daß zusammen sich 132,25 Milliarden ergeben. Daß die Wohlenssumme für das Wohlensjahr 1921 durch 102,25 Milliarden überschritten ist, bleibt offen im wesentlichen Haushalt allein ein Schätzfehler von 20 Milliarden Mark. Eine die Kontribution hat der ordentliche Haushalt einer Nebenkasse von zwei Milliarden, die die Ausgaben für die Kontribution in Höhe von 25 Milliarden genöthigt. Ein aufwendiger Haushalt für den ordentlichen Haushalt zur Erfüllung des Arbeitsvertrages 20 Milliarden auf den ordentlichen Haushalt übergegangen. Dafür sind andere Ausgaben sehr stark erhöht. Von den Mehrausgaben entfallen allein 15 Milliarden auf die Steuerbüros an die Länder und Gemeinden. Die höheren Förderungen treten gegenüber diesen gewöhnlichen Milliarden mehr zu. Welche Einnahmen stehen nun diesen Ausgaben gegenüber? Nach den bisherigen Annahmen lägen für das Wohlensjahr 1921 nur etwa 112,25 Milliarden, nach den Abschlägen des dritten Nachtriages werden weitere 17 Milliarden erzielt, so daß zusammen sich 132,25 Milliarden ergeben. Daß die Wohlenssumme für das Wohlensjahr 1921 durch 102,25 Milliarden überschritten ist, bleibt offen im wesentlichen Haushalt allein ein Schätzfehler von 20 Milliarden Mark.

Angesetzt wird sich der unbedeutende Betrag des außerordentlichen Haushaltes 1921 von bisher 49,2 Milliarden auf 75 Milliarden erhöhen. Der Auflösungsbedarf des Reiches für das Wohlensjahr 1921 beläuft sich demnach insgesamt auf die gesetzliche Summe von 110 Millionen Mark. Der Mehreitertrag, der durch eine geplante weitere Erhöhung der Beamtenbezüge bzw. zu erwarten ist, ist hierbei noch nicht berücksichtigt.

Wie sich das Reichschaubal des Jahres 1922 gestalten wird, läßt sich heute bei der Kenntnis der Verhältnisse nach mindestens mit groben Annahmen in Aussicht nehmen. Eine Einnahme von 112,25 Milliarden Mark aus dem ordentlichen Haushalt 77,0 Milliarden, Ausgaben im ordentlichen Haushalt 77,0 Milliarden, Ausgaben im außerordentlichen Haushalt 21 Milliarden, Ausgaben im außerordentlichen Haushalt für Kontribution (Ausgleichsverfahren) 15,2 Milliarden. Der außerordentliche Haushalt soll mit noch Ausgaben enthalten, die nach gefundenen finanziellen Gründen aus Auleihen bestehen werden dürfen. Die Hauptrolle spielt darin die einzuholen auf 19 Milliarden Mark veranlagten Rücksüsse zu Eigenaufwand und Volt. Sie stellen Verhältnisse aus allgemeinen Reichsmitteln an die Vertriebsverwaltungen dar und sind von diesen aus ihren eigenen Einnahmen zu verzinsen und zu lohnen. Der ordentliche Haushalt für die allgemeine Reichsverwaltung ohne Vertriebsverwaltungen und Kontributions soll für 1922 nach Durchführung der Steuer-